

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.  
 Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeitspalt.  
 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep.  
 Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.  
 Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.  
 Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

### Tarifbruch gerichtlich sanktioniert.

In Deutschland „kennt sich kein Schwein mehr aus“, so sagt der Volksmund. Seit die Regierung Brüning von einer im Dunkeln schleichenden machtlüsternden und beute- und postengierigen Kamarilla beiseite gedrängt worden ist, seit Papen mit Handgranaten die Preußenregierung absetzen und an dessen Stelle einen einzelnen Mann setzen ließ, seit dieser Zeit ist in Deutschland jede Achtung, jeder Respekt vor Gesetz und Recht und Obrigkeit zerbrochen. Deutschland hat tatsächlich im Reich und in Preußen keine Regierung. Die Papenregierung ist längst erledigt. Daß sie nicht geht, spricht nicht gegen die Majorität des deutschen Volkes. Und Preußen? Bracht tut so, als wäre das preußische Volk gleich Null, obwohl hinter ihm ebensowenig steht wie hinter der Papenregierung. Bracht muß sich trotz all seiner Verbote fügen lassen, daß er auf seinen jetzigen Posten nicht auf normalem Wege gekommen ist.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat jetzt festgestellt, daß die politische Bedeutung der Abstimmung im Reichstag am 12. September 1932 (Mißtrauen gegen Papenregierung) bestehen bleibt. Dieser Ausschuß hat außerdem festgestellt, daß die Auflösung des Reichstags am 12. September dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Statt daß diese Regierung nun geht — wie das seither in Deutschland üblich war — wartet sie, bis innen- und außenpolitisch alles im schönsten Trüdel ist.

Den Tarifbruch hat die Reichsregierung mit ihrer Verordnung vom 5. September eingeleitet. Und schon kommt ein Gericht, das seinen Segen dazu gibt. So wird aus Weissenfels gemeldet:

„Vor einigen Tagen sind die Arbeiter mehrerer Schuhfabriken in Weissenfels in den Streik getreten, weil die Firmeneleitungen von der notverordneten Berechtigung zum Abbau der Tariflöhne für zehn Arbeitsstunden in der Woche Gebrauch machen wollten. Die Weissenfeler Schuhfabrikanten haben nunmehr beim Amtsgericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung

ermittelt, in der die Gewerkschaften, die die Streiks sanktioniert haben, aufgefordert werden, den Streik abzubauen, den Streikenden keinerlei Unterstützung zu gewähren, alle öffentlichen Kundgebungen zu unterlassen und mit allen Mitteln ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit anzuhalten. Für jeden Einzelfall der Zuwiderhandlung wird jeder Gewerkschaft mit einer Geldstrafe in Höhe von 3000 Mark gedroht.“

Was heißt das? Zum Tarifbruch und Lohnraub soll jetzt die Zerschlagung der Koalitionsfreiheit kommen.

Wir stellen fest: In Deutschland erhält eine organisierte Verbände das Recht, sich zu uniformieren. Aber den Arbeitern, den Familienvätern wird verboten, für die Erhaltung ihrer Existenzgrundlage zu kämpfen. Freilich, die Unternehmer wollen ihren Raub unter Dach bringen. Ihr Herrchen „da oben“, ihr habt den Bogen schon überspannt. Vergeßt nicht ganz, daß wir an einer Geschichtswende angekommen sind und daß die seit dreiviertel Jahrhundert organisierte deutsche Arbeiterschaft nicht aus Lumpenproletariern besteht, wie etwa zum Teil die Nazipartei.

Und nun eine Frage an die Reichsregierung und an die Herren Richter:

Wo ist ein Äquivalent (Gegenwert) für die 50prozentige Abdingbarkeit des Tariflohnes für die 31. bis 40. Wochenstunde? Kann ein Mensch sich vorstellen, die Reichsregierung könnte eines Tages sagen: die Arbeiter können für die 31. bis 40. Wochenstunde 50 Prozent mehr oder doppelten Lohn verlangen? Würde sich ein Richter dafür einsehen? Beide Fälle sind einfach undenkbar. Und die Moral von der Geschicht? Die Regierung kann nicht rechtsgültige Tarife brechen, der Unternehmer ebenfalls nicht, und das Gericht kann nicht die Koalitionsfreiheit aufheben.

Um diesen toten Zuständen in Deutschland ein Ende zu machen, hat die Arbeiterschaft Deutschlands ein vorzügliches Mittel. Mit dem festen Vorsatz, zum Teufel mit der Papenregierung, muß die Arbeiterschaft am 6. November sozialdemokratisch wählen!

### Regierungs-Aufruf zur Winterhilfe.

Im Namen der Reichsregierung unterzeichnete Reichskanzler Papen einen Aufruf der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Sammlung von Spenden aller Art. Es heißt in dem Aufruf einleitend:

„Ein neuer schwerer Winter steht vor der Tür. Mitfühlende Nächstenliebe, die aus freiem Willen hingibt, was sie entbehren kann, vermag viel. Sie muß neben die Anstrengungen von Reich, Ländern und Gemeinden treten, um die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen vor der äußersten Not zu schützen.“

Unwillkürlich denkt man beim Lesen dieser schönen Sätze an die Notverordnungen der Regierung Papen vom 14. Juni über den Abbau der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung, an die Notverordnung vom 4. September mit ihren Milliardenbeschlüssen an die Kapitalisten und an die Notverordnung vom 5. September über den Lohnabbau durch Tariferschlagung.

Die Regierung Papen soll einen Aufruf zum Almosengeben lieber nicht unterschreiben. Es wirkt schlecht. Man lasse der Arbeiterschaft, was sie sich seit Jahrzehnten mühsam erkämpft hat, dann braucht sie keine Bettelbrocken. Den Kapitalisten Milliardenbeschlüsse, den Wohlhabenden Almosen. Arbeiter, Arbeiterinnen! Wählt alle am 6. November sozialdemokratisch, dann pfeifen wir auf die Gnade der „Herren“!

### Nationalsozialistische Diktatur der Arbeit.

Durch die Tagespresse ging folgende Notiz:

„Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Gotha, 26. September. Die Betriebszellenorganisation der NSDAP. veranstaltete am Sonntag in Gotha einen „Ehrentag der Arbeit“, an dem etwa 12 000 Personen teilnahmen. Hauptabteilungsleiter Schumann führte u. a. aus, die Nationalsozialisten hätten nicht daran, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Sie wollten vielmehr mit den jungen und frischen Kräften in den Gewerkschaften zusammenarbeiten, um aus der Not der Zeit herauszukommen. Der Kampf der NSDAP. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) richte sich nun gegen die alten, verkalkten Führer der Gewerkschaften, die Deutschland dem Marxismus in die Arme getrieben hätten. Der thüringische Staatsminister Sankel erklärte u. a.: Wir wollen nicht die Diktatur einer überalterten Schicht, wir wollen die Diktatur der Arbeit.“

Die Nazis wollen die SPD. bzw. die KPD. ablösen. Sie bilden sich auch ein, sie könnten in den freien Gewerkschaften Bonzen werden. Das ist aber wirklich nur Einbildung. Wie viele Schwerarbeiter (Prinzen, Generale, Generaldirektoren usw.) auf dem „Ehrentag der Arbeit“ anwesend waren, wird leider nicht gesagt. Auch nicht, aus wie vielen Ganzen Deutschlands diese 12 000 „Arbeiter“ kamen. Das zu wissen, wäre aber wichtig. Denn die Herren Generale müssen doch über die dummen Arbeiter die „Diktatur der Arbeit“ ausüben. Der thüringische Staatsminister Sankel wird doch auch wissen, daß beim Freiwilligen Arbeitsdienst, bei der „Ertüchtigung“ der Arbeiterjugend usw. Generale an der Spitze stehen.

Übrigens: Der Hauptabteilungsleiter Schumann wird sein blaues Wunder erleben. Der Marxismus hat die Naziarbeiter schon beim Wickel, und sie werden ganz marxistisch werden, weil sie müssen. „Den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er es beim Kragen hätte.“

### Tariflohnverzicht.

Von G. Salomo (Hannover).

Die diesbezügliche Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts scheint wieder in ein neues Stadium getreten zu sein. Zu dieser Auffassung zwingt auf jeden Fall die Entscheidung vom 11. Juni 1932 — RAG. 114/32 — (Bensch. Samml. Bd. 15 S. 450 ff.). Das seinerzeit allgemein bekämpfte Urteil des Gewerbegerichts Oberlahnstein vom 9. September 1924 („Schlichtungswesen“ 1924 S. 177) erlebt jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach seine Wiederauferstehung.

Soweit den sich mit der Rechtsprechung Beschäftigten noch bekannt, ging die Entscheidung dahin, daß es keinen Verstoß gegen das Unabdingbarkeitsprinzip der Tarifvertragsordnung (§ 1) bedeute, wenn ein Unternehmer Arbeiter zu untertariflichen Lohnsätzen beschäftige, sie dadurch aber von Arbeitslosigkeit verschont würden. Das Angebot von Arbeitsmöglichkeit und die Annahme untertariflicher Entlohnung in Zeiten großer Arbeitslosigkeit wurde als „Abdingung zugunsten der Arbeitnehmer“ deklariert und anerkannt.

Auf diese vollkommen abwegige, ja geradezu widersinnige Auffassung scheint nunmehr auch das RAG. hinsteuern zu wollen, anders kann man die Entscheidungsgründe des eingangs zitierten Urteils nicht auffassen.

Kurz der Sachverhalt: Eine Kommanditgesellschaft geriet in wirtschaftliche Bedrängnis und zahlte deshalb von Februar bis August 1931 einem Werkmeister einen geringeren als den Tariflohn, dessen widerspruchslose Annahme erfolgte. Im

## Kennt der Herr Reichsarbeitsminister Solidarität?

Die Regierung Papen führt in Gemeinschaft mit den Unternehmern den Kampf gegen die Arbeiterschaft. Die Regierung wirft den Unternehmern 1 1/2 Milliarden Mark Steuergutscheine in den Rücken, hinterher 1/2 Milliarden Mark Prämien für Einstellung neuer Arbeitskräfte. Aber das alles genügt noch nicht, um den Geschäftssinn und das nationale Denken und Handeln der Unternehmer aktiv zu machen. Dafür verkürzen sie noch nicht die Arbeitszeit; dafür stellen sie noch keine Arbeitskräfte ein. Also sagt die Regierung: „Hast du deinen Arbeitern die Arbeitszeit verkürzt, darfst du ihnen auch den Lohn kürzen.“

Hier ist nun der entscheidende Punkt, an dem die Regierung sich verrechnet. Sie glaubte, der deutsche Arbeiter sei immer noch Helot, man könne ihm immer noch alles bieten, wie einstmal. Hätte die Regierung die Arbeitszeitverkürzung verordnet, so war alles gut. Die Arbeiterschaft hat schon seit langer Zeit aus Solidarität mit den Arbeitslosen Arbeitszeitverkürzung gefordert. Dieses Opfer hat die Arbeiterschaft seither schon freiwillig auf sich genommen, hat sogar dafür gekämpft,

aus Solidarität, Herr Arbeitsminister!

Aber die Arbeiterschaft hält es für unerträglich, daß sie bei noch kürzerer Arbeitszeit und damit bei schon gekürztem Einkommen zugunsten der Unternehmer noch mal für zehn Arbeitsstunden um den halben Lohn arbeiten soll, angesichts der Milliardenbeschlüsse an die Unternehmer. Das geht zu weit. Dagegen wehrt sich die Arbeiterschaft. Und da kommt der Reichsarbeitsminister und untersteht sich, der Arbeiterschaft mangelnde Solidarität zum Vorwurf zu machen. Ein Beweis, daß er von der Psyche der Arbeiterschaft ebensowenig Ahnung hat wie die Reichsregierung insgesamt.

Der Reichsarbeitsminister sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei, zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den „Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen“.

Eine solche Unterstellung verbittet sich die organisierte Arbeiterschaft.

Sie kämpft ja gerade gegen die von der Regierung verordnete weitere Verelendung, wie sie auch den Kampf führt gegen die von der Regierung eingeleitete Zerschlagung der Tarifverträge.

Das Vorgehen der Reichsregierung und der Unternehmer wirkt auf die Arbeiterschaft wie eine Herausforderung. Das

sollte mindestens der Reichsarbeitsminister einsehen, der ja einmal Sozialsekretär war.

Daß die Arbeiterschaft den Kampf aufnimmt gegen so offensichtliche Ungeheuerlichkeiten, wie

Milliardengeschenke an die Unternehmer und doppelter Lohnraub an der Arbeiterschaft,

ist eigentlich logisch. Wir behaupten: Die Reichsregierung hat — wenn auch nicht mit Absicht — den Wirtschaftskampf eingeleitet, weil sie nicht Maß zu halten wußte. Immer wieder: Vierfache Geschenke an die Unternehmer, zweifache Lohnminderung der Arbeiterschaft. Das war nicht tragbar für die auf Schmalkost geseßte Arbeiterschaft. Die Reichsregierung soll sich nicht einbilden, „die gute, alte Zeit“ durch Notverordnungen wiederholen zu können.

Man kann den Kapitalismus nicht retten bei gleichzeitiger Verelendung der Arbeitnehmerschaft.

Die Arbeiterschaft bildet die größte Masse der Konsumenten Deutschlands.

Deutschland ist ein Industriestaat. Der größte Prozentsatz seiner Volksgenossen gehört zur Arbeitnehmerschaft. Wer dieser Arbeitnehmerschaft verbietet, für ihre Existenz zu kämpfen, der erschüttert die Grundfesten des Staates.

Die deutsche organisierte Arbeiterschaft hat für ihre Klassengenossen und für Staat und Reich jederzeit Opfer zu bringen gewußt. Sie hat freiwillig die schwersten Opfer auf sich genommen, und sie ist auch heute zu Opfern bereit. Aber die deutsche Arbeiterschaft ist nicht bereit, zugunsten unerfälllicher Kapitalisten zu verhungern.

### In die Klassenfront eingereicht.

Im Gau 10 Südbayern (rechts der Donau) mit dem Sitz in München ist die Agitation in vollem Gange. Der erste Anlauf in den letzten Wochen brachte schon Erfolge. Aus fünf Orten sind bereits Meldungen eingelaufen.

Neuaufnahmen wurden gemacht:

- in München . . . . . 71
- in Deggendorf . . . . . 53
- in Rosenheim . . . . . 18
- in Kempten . . . . . 17
- in Türkheim . . . . . 9

zusammen 168

Es sind noch viele Unorganisierte zu holen; wir werden sie holen.

### Echt

national, deutsch und vaterländisch waren die Deutemacher, als es 1914 in den Krieg ging. Ihre Presse triefte von Vaterlandsliebe und sprach täglich nur noch von „unseren Heiden“, denen man heute Rente und Brot nimmt. Immer, wenn es gilt, den dummen Kerl Arbeitnehmer übers Ohr zu hauen, wenn es gilt, ein neues, glänzendes Geschäftchen zu machen, werden sie so rein

### national

daß man sie nicht wieder erkennt, die Devisenschieber, die Kapitalverschieber, die Steuerhinterzieher. Wenn sie auf ihr Deutschtum pochen bis zum Kojen, dann paß auf, du Prolet, dann geht es um dein Fell! Sie halten dir

### riefende

Reben in ihrer Schwindelpresse und durch das Radio; denn es gilt, dich dumm zu machen, dir mit vaterländischen Phrasen den Kopf zu vernebeln, damit du nicht merken sollst, wie sie dir das Fell über die Ohren ziehen. Merkt euch, ihr „nationalen“ Tugendbolde: Die Arbeitnehmerschaft ist hundertmal nationaler als ihr internationalen

### Deutemacher.

September gleichen Jahres kam es dann aber trotzdem noch zur Konkursöffnung. Daraufhin fordernte der Betreffende den Differenzbetrag von 469,20 Mk. nach.

Das Arbeitsgericht erkannte nach dem Klageantrage, während das Landesarbeitsgericht die Klage unter nachstehender Begründung abwies:

„Der Kläger möge insofern unter einem wirtschaftlichen Druck gestanden haben, als er damit gerechnet habe, daß ihm die Gesellschaft kündigen werde, wenn er auf der Auszahlung des vollen Tariflohns bestehe, und daß er offenbar eine andere Stellung nicht ohne weiteres gefunden haben würde. Dieser Druck sei auch der Gesellschaft erkennbar geworden. Der Kläger könne sich aber hierauf nur berufen, wenn die Gesellschaft die Lage in unlauterer Weise ausgenutzt hätte, um sich einen Vorteil zu verschaffen, auf den sie keinen Anspruch gehabt hätte. Die Gesellschaft habe aber auch damit annehmen dürfen, daß der Kläger, der ihre wirtschaftliche Bedrängnis gekannt habe, verständnisvoll seine eigene Not hinter die ihre zurückstellen und unter eigenen Opfern einen Teil des Tariflohns ernstlich und endgültig aufgeben wolle, um sich den Arbeitsplatz zu sichern, indem er sich gesagt habe, daß ohne die Gehaltskürzungen der Betrieb nicht länger bestehen könne. Der wirtschaftliche Druck sei somit für den Kläger nicht ausschlaggebend gewesen, sondern die Erwägung, daß er sich bei Annahme geringeren Lohnes besser stehe als bei der Festhaltung am Tariflohn.“

Diesen „Rechtsausführungen“ schloß sich das RAG. grundsätzlich an — da die Rechtsauffassung des LAG keinen durchgreifenden Rechtsirrtum erkennen lasse; abgesehen davon, daß dem Einwand des Arbeitnehmers, der Verzicht sei nur unter wirtschaftlichem Druck erfolgt (erklärt), u. U. die auf § 242 BGB. gestützte Erwägung entgegengekehrt werden kann (können): Es sei nach Lage des Betriebs oder gar für den Arbeitnehmer geboten gewesen, seine eigenen Nöte hinter die des Betriebs zurückzustellen. Also, erst kommt der Betrieb und dann...

Die Folgen einer derartigen Entscheidungspraxis sind unabsehbar. Wie will sich das RAG. einstellen, wenn ein Unternehmer durch eigenes Verschulden in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät? Soll auch da der Arbeitnehmer wieder „seine Nöte hinter die des Betriebs (Betriebsinhabers)“ zurückstellen? Wem liegt in diesem Falle die Beweislast ob? Soll auch dann die Erklärung noch genügen — evtl. das glaubwürdige Vorbringen einer bestehenden Notlage —, daß der Betrieb eingestellt werden müsse, wenn die Gehälter (Löhne) nicht herabgesetzt würden?

Bekanntlich wird die Anhebung eines Lehrvertrags nicht dadurch ausgeschlossen, daß die schlechte Wirtschaftslage des Arbeitgebers von diesem selbst verschuldet ist. (Urteil vom 28. Mai 1932 — RAG. 30/32 — (Wensch. Samml. Bd. 15 S. 335). Die Möglichkeit der Schadenersatzklage, auf die hierbei das RAG. verweist, ändert an der mehr als „eigenartigen“ Rechtsprechung nichts. Abzüglich büdet man insofern auch hier dem Kläger (Lehrling) wieder die alleinige Beweislast auf. Eine analoge Rechtsanwendung ist also durchaus denkbar.

Auf jeden Fall ist die Entscheidung vom 11. Juni 1932 geeignet, wieder einmal ins Uferlose führende Perspektiven zu eröffnen. Selbst bei objektivster Würdigung der Verhältnisse würde (wird) es schwer sein, in dieser Beziehung die richtige Grenze zu finden.

## Berläuterung und Neuregelung der Bürgersteuerpflicht.

Von Jos. Milewiczek (Hannover).

Die Bürgersteuer sollte ursprünglich vom Juni 1932 an in diesem Jahre nicht weiter erhoben werden. Was bis Juni gezahlt worden ist, war Bürgersteuer für das Jahr 1931.

Die letzte Anordnungsverordnung gibt den Gemeinden nun die Möglichkeit, die Bürgersteuer für das Jahr 1932 schon von Oktober bis Dezember 1932 zu erheben, obwohl sie nach den alten Bestimmungen erst von Januar 1933 an fällig wäre.

Mit der Erhebung der Bürgersteuer in den Monaten Oktober, November und Dezember 1932 ist dann also die Bürgersteuer für das ganze Jahr 1932 abgegolten.

Die vom Reichsfinanzminister erlassene Durchführungsverordnung vom 9. September 1932 bringt nun gegenüber den früheren Bestimmungen einige Erleichterungen. Diese sind wie folgt zu verstehen:

1. Die Bürgersteuer darf nur die Hälfte des Steuerjahres betragen, den der Steuerpflichtige in den ersten sechs Monaten des Jahres 1932 gezahlt hat.

2. Da die Höhe der Bürgersteuer für das Jahr 1931 nach den Einkommensverhältnissen des Jahres 1930 errechnet wurde und sich diese Verhältnisse bis jetzt wesentlich verschlechtert haben, wird auch dieser Steuerbetrag noch um 25 Prozent gesenkt.

### Beispiel:

Ein Lediger, der bisher dreimal 6 Mk. (das dreifache des Einheitsjahres von 6 Mk.) = 18 Mk. aufgebracht hat, zahlt für das Jahr 1932 nur die Hälfte = 9 Mk. Hier von werden mit Rücksicht auf sein geringeres Einkommen im Jahre 1932 weitere 25 Prozent in Abzug gebracht, so daß noch 6,75 Mk. zu entrichten sind.

Da für die Zukunft auch der 50prozentige Zuschlag für die Ehefrau in Wegfall kommt, ist das obige Beispiel auch für den verheirateten Steuerpflichtigen anwendbar. Der Bürgersteuerpflichtige dieser Gruppe hat also in den Monaten Oktober, November und Dezember 1932 je 2,25 Mk. an Bürgersteuer zu zahlen.

Die Fälligkeitstermine sind für Wochenlöhner für Oktober und November auf den 10. und 24., für Dezember auf den 10. und 28. festgesetzt.

Vom nächsten Jahre an (1933) wird demnach also die Bürgersteuer für das laufende Jahr schon im Januar, Februar und März zu entrichten sein.

Für einen Teil der Steuerpflichtigen liegt eine weitere Erleichterung darin, daß die Freigrenze, bis zu der Bürgersteuer nicht gezahlt zu werden braucht, nicht mehr wie bisher generell bei einem Jahreseinkommen bis zu 500 Mk. liegt, sondern daß dasjenige Einkommen von der Bürgersteuer frei bleibt, das der Steuerpflichtige im Falle der Hilfsbedürftigkeit als allgemeine Wohlfahrtsunterstützung erhalten würde. Hierdurch wird die Freigrenze insbesondere für viele verheiratete Steuerpflichtige künftig höher sein als früher.

Während der Frauenzuschlag voraussichtlich auch für 1933 nicht erhoben wird, fallen die übrigen Ermäßigungen weg.

## Frauenfragen.

### „Wie steht du zur Frauenfrage?“

Auf den Artikel: „Wie steht du zur Frauenfrage?“ in Nr. 25 des „Proletarier“ erhielten wir folgende Zuschrift von einem Frankfurter Kollegen, dessen Meinung keine Einzelercheinung sein wird:

„Ich habe mit großem Interesse diesen Artikel gelesen. Kein vernünftiger Mensch wird wohl etwas gegen die Gleichberechtigung der Frau einzuwenden haben. Aber sehen wir doch einmal, was uns diese Gleichberechtigung gebracht hat. In dem

### Sag

deinen Kolleginnen und Kollegen, sie sollen ihren Arbeitskameraden, ihren Freunden, ihren Freundinnen, ihren Nachbarn, ihren Nachbarinnen, ihren Bekannten endlich einmal einen Aufnahmeschein für den Verband vorlegen! Mußt ihnen sagen, daß die Unorganisierten nicht von selbst kommen und daß

### es

nur durch Mitwirkung eines jeden Mitgliedes gelingt, allmählich die vielen noch Unorganisierten zum Verbande zu bringen. Wie eine Lawine in ihrem Lauf allen Schnee an sich nimmt, wie ein Magnet verwandte Metalle anzieht, so muß die Organisation durch ihre aktiven Mitglieder alle wesensgleichen Elemente, d. h. Arbeitsgenossinnen und -genossen, aufnehmen. Sag es

### allen

die geeignet sind, werbend zu wirken, sie sollen sich einen Ruck geben, förmlich neue Menschen werden und die Kraft und die Macht des Verbandes bis zur höchsten Vollendung bringen! Das kann erreicht werden, wenn recht viele bei der Werbung mitwirken. Also sage es allen

### Mitgliedern!

Artikel schreiben Sie: Es ist in erster Linie das Verdienst der freien Gewerkschaften, erfolgreich für den Schatz der arbeitenden Frauen gegen übermäßige Ausbeutung gekämpft zu haben. — Das ist alles schön und gut, aber als damals die freien Gewerkschaften um die Gleichberechtigung der Frau kämpften, da hatten sie das Wichtigste vergessen, nämlich die Bezahlung. Der Mann war nun nicht mehr konkurrenzfähig, denn die Frau arbeitete viel billiger, die Folge war, der Unternehmer stellte nur noch Frauen ein. Ich persönlich würde es auch so machen. Wenn die Gewerkschaften die gleiche Bezahlung gefordert hätten, dann wäre heute keine Frau mehr in einer Fabrik oder in einem Büro. Wenn die freien Gewerkschaften heute die gleiche Bezahlung fordern, so sollen sie nur nicht glauben, daß sie Erfolg haben, der Arbeitgeber wird nie darauf eingehen. Es bleibt demnach den Gewerkschaften nichts anderes übrig, als die Frau aus den männlichen Berufen herauszunehmen.“

Hierzu sei bemerkt, daß die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ eine jahrzehntelange Forderung der freien Gewerkschaften ist. Den Bemühungen des Verbandes ist es im Laufe der Jahre auch gelungen, die Spanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen fortgesetzt zu verringern. Während in der Zeit vor und während des Krieges der durchschnittliche Frauenlohn nicht einmal 50 Prozent vom Lohn des Mannes betrug, ist er jetzt gestiegen auf durchschnittlich 66½ Prozent. Die Forderung auf gleiche Bezahlung der Frauen wird von den Gewerkschaften nach wie vor vertreten. Aber unsere Forderungen lassen sich nicht von heute auf morgen durchsetzen. Vor allem muß die gewerkschaftliche Schlagkraft erhalten und ausgebaut werden. Ent da auch jeder Kollege seine Pflicht? Wie verhält er sich zur Frauenagitation?

Die schädlichen Auswirkungen niedriger Frauenlöhne auf das allgemeine Lohnniveau der Männer kennen wir. Aber wenn der Frankfurter Kollege meint, daß bei gleicher Bezahlung der Frauen heute keine Frau mehr in Fabrik oder Büro beschäftigt wäre, so ist dem entgegenzuhalten, daß ebenso, wie die Frauen nicht zu jeder beliebigen Männerarbeit herangezogen werden können, auch das Umgekehrte der Fall ist. Die Frauenarbeit ist heute für viele Betriebe unentbehrlich geworden. Und selbst wenn wir die Macht hätten, den Frauen Männerlöhne zu erkämpfen, dann würden die Frauen nicht

immer durch Männer ersetzt werden. Es ist Tatsache, daß die Frau für gewisse Arbeiten besondere Qualitäten mitbringt, z. B. größere Fingerfertigkeit, Ausdauer, Gewandtheit, sie zu manchen Beschäftigungsarten besonders befähigt, ihr oft den Arbeitsplatz in der rationalisierten Wirtschaft erst eröffnet hat. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß ein großer Prozentsatz Frauen aus verschiedensten Gründen immer auf Erwerbsarbeit angewiesen sein wird.

Zu dem Schlußsatz, daß den Gewerkschaften nichts anderes übrig bliebe, als die Frauen aus den „männlichen Berufen“ herauszunehmen, muß bemerkt werden, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe darin sehen, neben der Schaffung entsprechender Schutzgesetze auch die Vorbedingungen zu schaffen, die den Zwang zur Erwerbsarbeit der Frau in ungeeigneten Betrieben beseitigen. Weiter reichen in dieser Beziehung die Befugnisse und Möglichkeiten der Gewerkschaften in der kapitalistischen Wirtschaft nicht. Man kann doch die Forderung auf gleichen Lohn nicht stellen in dem Gedanken, dadurch die Frauenarbeit überhaupt beseitigen zu können oder zu wollen, sondern wir tun es, um die arbeitende Frau nicht als Lohn drücker in die Erscheinung treten zu lassen und um gerechte Wertschätzung der Frauenleistung zu erreichen. Zunächst kommt es aber überall darauf an, die gegebene Lohnhöhe auch entsprechend zu halten und für beide Geschlechter das Organisationsverhältnis im Betrieb zu stärken. So erlauben wir uns die Frage: „Kollege, tatest du nach dieser Richtung deine Pflicht?“ A. J.

## Jugendbewegung.

### Die „Junge Front“ muß bleiben!

Bei den letzten Wahlkämpfen waren erfreulicherweise viele junge Streiter zu finden. Sie fanden sich in Gruppen zusammen, wirkten als einzelne, demonstrierten, diskutierten, klebten, verteilten Flugchriften, bekannten sich am Heften und andauernd zum Dreipfeil und zum Freiheitsruf, leisteten Schlepperarbeit, verrichteten Sicherheitsdienst im Reichsbanner, wirkten in den Werbetafeln der Betriebe, Stempelstellen, Wohnzellen mit, scheuten weder Wind noch Wetter und andere Strapazen und setzten oftmals sogar vorbehaltlos ihr junges Leben für den Sieg der Bewegung aufs Spiel.

Dieser Opfermut, diese Hingabe, diese kameradschaftliche Mitarbeit der Jugend darf nichts Einmaliges sein! Noch sind wir nicht „über den Berg“ hinweg. Herr Hitler, die deutschen Großgrundbesitzer, Industrie-, Kauf- und Bankherren verfolgen immer noch, im Staat und in der Wirtschaft allein zu herrschen. Die Arbeitnehmerschaft soll nichts zu sagen haben, sie soll Lasten übernehmen, duldsam sein, wenn sie ohne oder in der Arbeit ist.

Keine der unsozialen Steuern wurde aufgehoben. Hunderttausenden jungen Arbeitslosen blieb weiterhin die Unterstützung entzogen. Millionen ihrer Genossen und Genossinnen werden mit ein paar Beistellpennigen abgeseift. Im Bereiche schreitet die Ausbeutung der Jugend fort. Lohnabbau, Ferienraub, keine Arbeitszeitverkürzung, Schwämmerung des Mitbestimmungsrechts im Betriebe, das sind auch neuerdings die Bestrebungen der Unternehmer. Stundenlöhne von 20, 25, 30 Pfennig gelten wieder als angemessen für die Jungarbeiterchaft. Die staatlichen Schlichtungsorgane helfen mit, die Tarifverträge zu verschlechtern. Entweder fällen sie Entscheidungen, die den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen, oder sie sagen, wir haben an den Lohn- und Tarifkämpfen kein Interesse, da keine bedeutenden volkswirtschaftlichen und staatlichen Interessen bedroht sind. Gerade den Gruppen, die viele jugendliche Beschäftigte aufweisen, wird das oftmals entgegnet. Man meint damit nichts anderes als die Tatsache, daß die Jugend bisher so wenig selbständig in der Vertretung ihrer Leistungs- und Lebensansprüche hervortrat und daß daher nichts zungunsten der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten ist, wenn der Lohn und die Arbeitsbedingungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge besonders dem Druck der großen Wirtschaftskrise und dem brutalen Vorgehen der Unternehmer ausgeliefert werden. Eure Zurückhaltung in Gewerkschaftsangelegenheiten, ihr Jungen und Mädel, ihr Jugendlichen und Jüngeren der Arbeiterklasse, nützt man also in den gegenwärtigen Lohn- und Tarifkämpfen ganz rücksichtslos aus!

Die Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende, von den freien Gewerkschaften seit einem Jahre gefordert, seit Monaten in besonderen Plänen begründet und aufgezählt, ist von Staats wegen immer noch nicht durchgeführt. Die Monopolstellung des verschuldeten Großgrundbesitzes, der Konzerne, Syndikate, Kartelle ist so gut wie unangetastet geblieben. An dem wirtschaftlichen Notprogramm der Gewerkschaften geht die Regierung vorbei. Hitler unterjagt in seinen Kreisen sogar eine Diskussion darüber. Er und seine Befürworter im Kreise der heutigen Machthaber in Deutschland haben andere Sorgen. Sie sehen republikanische Beamte ab, setzen nationalsozialistische und monarchistische ein (der Staat hat ja soviel Geld!) und bereiten alles vor, um die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

Genug der Dinge und Taten! Rechts, rechts soll der Kurs der deutschen Republik gehen! Ist das nicht Grund genug, um als „Junge Front“ den Kampf aufzunehmen?

### Auf

die Angriffe der Papenregierung muß die Arbeitnehmerschaft reagieren. Sie darf sich nicht die Sozialversicherung, das Tarifwesen, das Koalitionsrecht usw. zerfchlagen lassen. Durch ganz Deutschland muß der Kampfpruf gehen:

### Proletarier,

schließt die Reihen! Eure Errungenschaften auf politischem und sozialem Gebiete, das Ergebnis jahrzehntelangen Ringens, sind zum Teil schon zerstört und sollen ganz vernichtet werden. Das ist der Wille der Unternehmer und ihrer Regierung. Deshalb

### schließt

euch euren Klassengenossen an, um mit ihnen zu kämpfen gegen die Reaktion, für eure Frauen und Kinder, um die Grundlagen eurer Existenz! Eure Antwort an die Reichsregierung kann nur

### die

sein: Zusammenschluß als Gleichinteressierte im Verbands, um zu verteidigen, was noch vorhanden, und um wiederzuholen, was uns die Reaktion schon genommen. Durch Kampf zum Sieg! Doch vorerst schließt die

### Reihen!

Die Gewerkschaften, ihre Erziehungskassen, ihre Mitglieder werden von der Reaktion unter Terror geschlagen. Jeden Tag hagelt's Kriegserklärungen, jeden Tag werden die Tarifverträge gekündigt, Akkordlöhne gebrochen, Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt, Arbeitnehmer entlassen oder zu Kurzarbeitern gemacht. Wie die Partei, so müssen jetzt auch die Gewerkschaften verteidigt werden. Die Not der Zeit hat die Jugend politisiert, hat in der Jugend den Willen erweckt, nicht nur den Jahren nach, sondern auch in der Art des Kampfes das „Jugendvolk des Proletariats“ zu sein. Jetzt gilt es nun von neuem die Probe dafür abzulegen. Unsere Gegner berechnen verärgert unsere wirtschaftlichen Kampfpunkte. Sie wollen an das Fundament der Eisernen Front, an ihre Stützpunkte in den Betrieben und Büros heran. Wir müssen dem wehren! Jungbanner, Junghundertschaften, S. J. - Genossen und - Genossinnen gehören darum immer noch als „Junge“ innerhalb der Eisernen Front zusammen. Sie müssen der Vortrupp werden, der jetzt in den Gewerkschaften den aufgezwungenen harten Kampf mitführen hilft, der die unorganisierten Mitarbeiter einreißt in die Gewerkschaftsfront, der Störenfriede und andere, die theoretisch alles besser wissen, zurechtweist und aufklärt. In gemeinsamen Kundgebungen müssen die Übergriffe der Unternehmer und die gewerkschaftlichen Forderungen dem Jungproletariat nahegebracht werden. In planmäßiger Schulungsarbeit sind in allen Gruppen die Gegenwartslage und die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften zu besprechen. Keiner unserer Klassen Genossen darf aus Gleichgültigkeit, falschem Urteil oder aus Unwissenheit der Gewerkschaftsbewegung in dieser Notzeit fernbleiben. — Das war die einmütige Auffassung aller gewerkschaftlichen Jugendleiter, die kürzlich unter Führung des A. W. B. tagten. Nur in solcher Zusammenarbeit sehen sie eine wirkliche Einheitsfront der Arbeitnehmer entstehen.

## Chemische Industrie

### Aus der Stickstoffindustrie.

Die Stickstoffproduktion, die in allen Ländern der Welt in den Nachkriegsjahren einen stürmischen Aufstieg erlebt hat, kämpft gegenwärtig darum, Erzeugungsmöglichkeit und Absatz, wenn auch in bescheidenem Maße, in Übereinstimmung zu bringen.

Wie stürmisch die Entwicklung der Produktionsmöglichkeit sich gestaltet, geht daraus hervor, daß die Weltproduktion im Jahre 1913 in Höhe von 750 000 Tonnen Reinstickstoff auf eine Erzeugungsmöglichkeit von 4,5 Millionen Tonnen gestiegen ist. Die Produktionsart selbst hat die Naturprodukte durch die Einführung synthetischer Erzeugnisse stark in den Hintergrund gedrängt. Wurden 1913 nur 55 000 Tonnen Stickstoff auf synthetischem Wege hergestellt, so heute 3 Millionen Tonnen Reinstickstoff auf künstlichem Wege durch die chemische Industrie, z. B. auch durch Bergbaubetriebe.

Groß sind die Absatzschwierigkeiten. Bei einer Erzeugungsmöglichkeit von 4,5 Millionen Tonnen Reinstickstoff können in der Welt nur etwa 1,5 Millionen abgesetzt werden. Neben dem Überangebot an Stickstoff trägt die herrschende Weltagrarkrise zur Verschärfung der Absatzschwierigkeiten bei. Die Stickstoffherstellungsbetriebe der Welt werden heute nur zu etwa 30 Prozent ausgenutzt.

Die Ursache dieser Schwierigkeiten liegt darin, daß diese ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Bedürfnisse in fast allen Ländern der Welt auf Grund politisch-militärischer Einflüsse stark entwickelt worden sind.

Starken Einfluß auf die Stickstoffwirtschaft der Welt hat die deutsche Stickstoffindustrie, die heute an erster Stelle steht. Deutschland besitzt eine Erzeugungsmöglichkeit von 1,5 Millionen Tonnen Reinstickstoff und wäre damit in der Lage, den zur Zeit bestehenden Bedarf an Stickstoff für die ganze Welt zu erzeugen. Die deutsche Stickstoffindustrie hat noch im Jahre 1931 für 120 Millionen Reichsmark Stickstoff exportiert (1929 für etwa 250 Millionen Reichsmark).

Die Absatzschwierigkeiten haben schon vor Jahren dazu geführt, daß die Erzeuger von Stickstoff in allen Ländern der Welt nach internationalen Vereinbarungen streben, um den mörderischen Preiskampf, der zu einem starken Sturz der Stickstoffpreise in einzelnen Ländern führte auszuscheiden. Besonders fühlbar wurde dieser Kampf für die Betriebe, die erst in den letzten Jahren mit einem ungeheuren Kostenaufwand errichtet worden sind. In Deutschland z. B. die Betriebe der Bergbaubetriebe — wir erinnern nur an Montcenis, Waidenburg und andere — die z. T. vom Chemietrust aufgegeben wurden, z. T. in Konkurrenz gehen mußten, weil sie den Preiskampf nicht aushalten konnten. Nachdem der internationale Stickstoffpakt infolge neuer Preiskampftendenzen zerfallen war, tobte der alte Kampf von neuem. Namentlich die chilenische Salpeterindustrie, die vor Eintritt des synthetischen Stickstoffes weltmonopolistisch den Markt beherrschte, kämpft einen existenzkampf auf Leben und Tod. Gegenwärtig lagern in Chile 500 000 Tonnen Salpeter, der nicht abgesetzt werden kann und an Banken für Forderungen verpfändet ist. Das ist ungefähr das Dreifache an Vorräten, was Chile im letzten Jahre verkaufen konnte. Neue Versuche, zu einer internationalen Einigung zu kommen, führten zu keinem umfassenden Resultat. In den letzten Monaten fanden wiederholt internationale Stickstoffverhandlungen statt. Eine Welt-Stickstoff-Konferenz wurde nach Amsterdam einberufen. Dort gelang es jedoch, nur die europäischen Erzeuger: Deutschland, England, Frankreich, Norwegen, Belgien, Holland, Italien, die Tschechoslowakei, Polen und die Schweiz zu

einer neuen Vereinbarung zu bringen. Diesem internationalen Abkommen sind nicht beigetreten: die Vereinigten Staaten, Japan und Chile. Das neue Abkommen enthält u. a. die Vereinbarung, daß jedem Lande der eigene Markt zugesichert wird. In bezug auf den Export sind die Abmachungen so getroffen, daß jedes Land nach seiner Leistungsfähigkeit einen bestimmten Anteil am Export erhält. Außerdem bestehen noch Sonderabkommen. Deutschland kann z. B. gewisse Düngemittel nach Belgien einführen, die Belgien nicht selbst herstellt. Der Auslandsverkauf von Stickstoffprodukten wird im wesentlichen durch das deutsche Stickstoffsyndikat und den englischen Stickstofftrust betrieben.

Zu Preisvereinbarungen ist es noch nicht gekommen. Aus diesem Grunde hat auch das deutsche Stickstoffsyndikat die Preise für das Düngjahr 1932/33 noch nicht endgültig festgesetzt, jedoch sind für Deutschland die Preise im September bereits um 1 bis 2 Pf. je Kilogramm gegenüber dem Vormonat heraufgesetzt worden.

Ob diese neuen Vereinbarungen auf internationalem Gebiet eine wesentliche Entlastung bringen, wird zum erheblichen Teil davon abhängen, ob in absehbarer Zeit eine Milderung der herrschenden Krise eintritt. Wenn auch die gesagte Kapazität der Stickstoffindustrie nicht voll ausgenutzt werden wird, so brächte jedoch eine größere Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für die Stickstoffindustrie eine erhebliche Arbeitssteigerung.

Eine Besserung in der deutschen Stickstoffindustrie ist innerhalb der letzten Monate eingetreten. Der Absatz an Stickstoff ist im Monat Juli und August d. J. um etwa 60 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gestiegen. Da das neue Düngjahr am 1. Juni begonnen hat, hat die saisonmäßige Belebung gut eingeseht. Berücksichtigen muß man dabei allerdings, daß im vorigen Herbst seit 1924 der größte Tiefstand im Inlandsabsatz erreicht wurde. Wie sich der Absatz in den letzten Jahren entwickelt hat, geht aus folgenden Feststellungen hervor. Der Stickstoffabsatz betrug in den Jahren (1929 = 100)

1930	93 Prozent,
1931	51 Prozent,
1932	83 Prozent.

Der Absatz an Stickstoff an die inländische Landwirtschaft betrug am 30. Juni für das Düngjahr 1931/32 etwa 290 000 Tonnen. Das ist der geringste Absatz seit der Stabilisierung unserer Währung. Im Düngjahr 1929/30 wurden noch 395 000 Tonnen abgesetzt, im Jahre 1928/29 sogar 410 000 Tonnen.

Der Inlandsabsatz an Stickstoff betrug in Tonnen:			
1924/25	350 000	1928/29	410 000
1925/26	340 000	1929/30	395 000
1926/27	370 000	1930/31	325 000
1927/28	370 000	1931/32	290 000

Da Deutschland heute, gemessen am Stickstoffverbrauch einzelner Länder, z. B. Hollands, noch lange nicht an erster Stelle steht, könnte bei besserer Wirtschaftsgestaltung in der Zukunft neben einem größeren Export auch durch eine Besserstellung des Inlandsabzuges der deutsche Stickstoff größeren Absatz finden. In Deutschland liegt der gesamte Stickstoffmarkt fast ausnahmslos in den Händen der I. G. Farbenindustrie, die auch im wesentlichen die Stickstoffpreise bestimmt. Die Entwicklung der Preisgestaltung nahm in den letzten Jahren, nach dem vom Statistischen Amt aufgestellten Düngemittelindex, folgenden Verlauf:

Index der Düngemittelpreise (1913 = 100):			
Juli 1925	84,0	Juli 1931	71,3
Juli 1929	80,7	Juli 1932	67,7
Juli 1930	77,9		

Darin lediglich einen Verlust der Produzenten zu sehen, dürfte nicht richtig sein. Die Vervollkommenung der Produktionsverfahren, Verbilligung der Rohstoffpreise und Frachten, Senkung der Arbeitslöhne usw. dürften zum größten Teil den Rückgang der Preise ausgeglichen haben. Da außerdem die Preisgestaltung im Inland so gut wie monopolistisch ist, käme ebenfalls eine Senkung des Monopolgewinns in Frage, der zweifellos auch heute noch beträchtlich über den Herstellungskosten steht. Außerdem wurde die deutsche Stickstoffindustrie, die die kapitalträchtigste in allen Ländern der Welt mit sein dürfte, durch staatlichen Schutz weitgehend geschützt. Wir wollen nur an die Vorgänge im vorliegenden Jahre erinnern, wo beim Zusammenbruch der internationalen Stickstoffvereinbarungen auf einen Wink der deutschen Stickstoffindustrie die Einfuhrzölle derart erhöht wurden, daß jede Auslandskonkurrenz so gut wie ausgeschlossen war. Nicht zuletzt wollen wir daran erinnern, daß gerade die Stickstoffindustrie in ihre heutige Lage dadurch gekommen ist, daß sie als erstl. Rüstungsindustrie zum Teil auch als Spekulationsobjekt in fast allen Ländern der Welt freibehalten wurde. Gerade die Stickstoffindustrie zeigt am deutlichsten die Auswüchse kapitalistischer Mißwirtschaft. Eine planwirtschaftlich geleitete Produktion hätte auf dem Gebiete der Stickstoffwirtschaft viel Zeit, Geld und Arbeitskraft erspart und sie notwendigeren, volkswirtschaftlich wichtigeren Aufgaben zuwenden können.

## Papier-Industrie

### Internationale Preiserhöhung für Sulfitzellstoff.

Die Lieferungen besonders der skandinavischen Zellstoffindustrie nach England und Amerika beruhen auch preisbildend auf Jahresverträgen. Der Sturz des englischen Pfundkurses um rund 30 Pro-

zent brachte auch für die internationale Zellstoffindustrie einen empfindlichen Rückgang der Weltmarktpreise.

**Internationale Konferenzen.**  
Die im internationalen Sulfitzellstoffsyndikat vereinigten Fabrikanten aus Deutschland, Finnland, Österreich, Memel, Norwegen, Schweden und der Tschechoslowakei haben sich wiederholt mit der Weltmarktlage befaßt.

Am 14. und 15. Juni 1932 waren sie in Helsingfors, am 12. Juli 1932 in Stockholm und am 12. September 1932 abermals in Stockholm versammelt.

**Internationale Preiserhöhungen.**  
Erst die letzte Konferenz scheint in der Preisfrage zu einem positiven Erfolg geführt zu haben. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet aus Stockholm, daß der Beschluß gefaßt wurde, die Tonne Sulfitzellstoff für das Jahr 1933 um 1 Pfund Sterling oder nach deutscher Währung um rund 14,60 Mk. zu erhöhen.

Das amerikanische Preisabkommen für gebleichten Zellstoff wurde zunächst bis zum 15. Oktober 1932 verlängert.

**Weitere internationale Produktionseinschränkungen.**  
Die seit längerer Zeit beschlußmäßig durchgeführte internationale Produktionseinschränkung der Sulfitzellstoffindustrie beträgt zur Zeit noch 30 Prozent. Nach der obengenannten Mitteilung geht der Druck zu weiteren Produktionseinschränkungen von der deutschen Sulfitzellstoffindustrie aus. Ein endgültiger Beschluß darüber wurde bis zur nächsten Syndikatsitzung, etwa Mitte Oktober 1932, zurückgestellt.

**Die Folgen des schwedischen Abwehrstreiks.**  
Der deutsche Antrag, die internationale Produktion über 30 Prozent hinaus weiterhin einzuschränken, scheint zunächst am Widerstand der schwedischen Sulfitzellstofffabrikanten gescheitert zu sein, die durch den Abwehrstreik ihrer Arbeiterschaft erhebliche Produktions-einbuße erlitten. Der Streik, der wegen eines geforderten Lohnabbaues vom 23. Februar bis 5. August 1932 geführt wurde, brachte nach Schätzungen von „Svensk Pappermasse-Tidning“ für Schweden folgende Produktionsausfälle:

Sulfitzellstoff	3 000 Tonnen,
Sulfatzellstoff	2 000 Tonnen,
Holzschliff, feucht	200 000 Tonnen,
Insgesamt	700 000 Tonnen.

**Festlegung einer neuen Preisbasis.**  
In der Septemberkonferenz des Sulfitzellstoffsyndikats soll ferner beschlossen worden sein, neue Grundlagen zur Weltmarktpreisbildung zu schaffen. Die Vorarbeiten dazu sollen von dem zur Zeit im Entfenne begriffenen schwedischen Zellstoffsyndikat erledigt werden. Die deutschen Preise wurden vom 1. Oktober 1932 an um 15–20 Prozent erhöht.

## Nahrungsmittel-Industrie

### Die Konservenindustrie will Lohnabbau auf Umwegen.

Schenkt mir was, schenkt mir was!

Die Notverordnung vom 5. September 1932 sieht vor, daß die Unternehmer für neu eingestellte Arbeitskräfte unter bestimmten Voraussetzungen eine Prämie erhalten. Gleichzeitig können die Löhne für die 31. bis 40. Arbeitsstunde gekürzt werden. Die Konservenindustrie ist eine Saisonindustrie. Ihre Hauptbetriebszeit fällt in die Monate Mai bis Oktober. Die Voraussetzungen für Mehreinstellungen in den nächsten Monaten sind also nicht gegeben. Deshalb fordert die Konservenindustrie für sich eine besondere Vergünstigung.

Die Fachzeitschrift „Die Konserven-Industrie“ nimmt in ihrer Nr. 38 zu der Notverordnung vom 5. September 1932 Stellung. Zunächst wird anerkannt, daß die Notverordnung der Wirtschaft (den Unternehmern. Die Red.) Erleichterungen bringen kann. Für die Konservenindustrie wird dann folgendes gesagt:

„Die deutsche Konservenindustrie ist hinsichtlich ihres Absatzes nahezu ausschließlich auf den inneren Markt angewiesen. Gelingt es, diesen Markt kaufkräftiger und aufnahmefähiger zu gestalten, so würde die Konservenindustrie ihre wichtige wirtschaftliche und ernährungspolitische Aufgabe der Stützung der deutschen Landwirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln in erhöhtem Maße erfüllen können.“

Das ist sehr schön gesagt. Wie man aber den inneren Markt kräftigen soll, wenn man die Kaufkraft durch Senkung der Löhne abbaut, das wird selbst der Konservenindustrie ein Rätsel sein.

Da nun aber eine Mehreinstellung nach den Vorschriften des § 1 der Notverordnung vom 5. September 1932 in der Konservenindustrie in den nächsten Monaten nicht möglich ist, fordern die Vertreter dieser Industrie, daß für sie der § 6 der Notverordnung in Anwendung kommen soll, der für die

## Anilin Roman von Fritz Molinar

40. Fortsetzung.

Strohmann brüstete sich mit seinem Erfolg. „Man muß taktisch klug vorgehen, will man sein Ziel erreichen“, meinte er stolz.

„Du kommst mit deiner taktischen Klugheit nicht weit, das merk dir nur! Es ist bloß Schand um die Kollegen. Mir gehn an diesen Taktiken zugrunde“, erwiderte Mannhart giftig.

Diese Wahlperiode war bald wieder vergessen. Die Zeit kam, in welcher auch in der Fabrik die Ankündigung des Generaldirektors in der Generalversammlung der deutschen Aktiengesellschaft in die Tat umgesetzt wurde. Die Rationalisierungsmaßnahme kampte weitere Opfer aus der Produktion. Die Entlassungen begannen erneut in der Fabrik, trotz fünfjähriger Arbeitszeit.

Mannhart war einer der ersten, die entlassen wurden. Er war ja nicht mehr Mitglied des Arbeiterrates.

„Frau, immer schon hast du lamentiert, ich würde nichts, brächte es zu nichts in der Fabrik. Heute, nach fünfundsiebzig Jahren, bin ich endlich etwas geworden“, sagte er mit Galgenhumor zu seiner Frau, als er abends heimkam.

„So, da bin ich mal neugierig“, erwiderte sie ohnungslos.

Welche Frau würde nicht neugierig, wenn ihr Mann etwas wird.

Mannhart griff nach seinen Entlassungspapieren und sagte karakistisch: „Frau, ich bin entlassen worden.“

Mit einem Krächz sank sie auf ihren Küchenstuhl, sie war einer Ohnmacht nahe.

„Du dich nur nicht so aufregen, Frau, verhungern tun wir nicht“, tröstete er, dann rechnete er aus, wie hoch sein Einkommen künftig sein würde. „Von der Fabrik bekomme ich eine Beihilfe. Zuerst geh ich stempeln, dann muß ich meine Invalidenrente kriegen; vom Verbands kriege ich auch. Wir werden unsere paar Jahre noch herantun können. Aber dem Hanffiel hab ich's noch mal gesteckt. Grad Sie, hab ich gesagt, sag ich, haben die Arbeiter um allerhand gebracht. Sie hätten mehr für sie tun können, sag ich, hab ich gesagt, wenn Sie gewollt hätten. Aber immer waren Sie für die Firma, hab ich gesagt, sag ich, haben dafür gesorgt, daß ihr Haufen Geld noch größer wird, sag ich, hab ich gesagt, sag ich. Sie Fronvogt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sag ich, hab ich gesagt.“

Mannhart strahlte in der Erinnerung an das, was er Herrn Hanffiel gesagt haben wollte. Seine Frau hatte sich ebenfalls etwas beruhigt.

„Den Mannhart haben sie jetzt auch entlassen“, hieß es am anderen Tage bei den Entlassenen und Invaliden der Fabrik.

Wären sie alle so gewesen wie der, das war einer, der es ehrlich mit den Proleten gemeint hat, der ist immer für seine Kollegen eingetreten, sagten sie zueinander. Ertruppweise gingen die invaliden Arbeiter spazieren, krumm, gebückt, humpelnd. Jeder schleppte ein anderes Leiden mit sich herum. Einer klagte über Asthmaanfalle. Die schmerzliche Säure, Salz-, Salpeter-, Milchsäure-Oleumdämpfe usw. hatten im Laufe der Jahre zerfressend auf die Atmungsorgane gewirkt. Andere litten an chronischen Blasen- und Nierenleiden. Sie hatten in den harten Jahren ihres Lebens die Ammoniakdünste, Anilin- oder Blausäuredämpfe eingeatmet. Wieder andere hatten der Schwefelwasserstoff, der Chlorwasserstoff, die heißenden Säurechloride den Magen ruiniert. Sie litten eben alle an der Anilinkrankheit, waren zu vorzeitiger Invalidität verurteilt durch die Einwirkung der unzähligen chemischen Gifte.

Viele waren ja in der Fabrik groß geworden, hatten ihr ganzes Leben darin verbracht, sich geplagt und dabei doch geduldet. Nicht für sich, sonst müßten sie ja reich geworden sein durch ihre Arbeit. Oder sie müßten wenigstens so viel haben, daß sie ihren Lebensabend ohne Sorge verbringen könnten. Keiner konnte es, trotzdem alle fast dreißig und vierzig Jahre in den schmutzigen, farbigen, licht- und luftlosen Giftöhlen zugebracht hatten. Keiner hatte es durch Arbeit so weit gebracht, daß er im Alter sorgen- und notfrei leben konnte. Und reich —? Davon redeten sie schon gar nicht.

„Hundert und mehr Jahre, wenn man da drüben arbeiten könnte, man wäre noch so arm wie am ersten Tag“, sagte Mannhart, als er zum ersten Male mit den Alten spazieren ging.

„Ja, ja, durch Arbeit ist noch keiner reich geworden“, stimmten ihm die anderen zu.

Das Wort „reich“ blieb für diese Arbeitsveteranen ein Begriff, den die Fabrikherren täglich erlebten. Reicher, immer reicher waren sie geworden, hatten mit dem Mehrwert, den sie aus ihren Arbeitern herausgeschunden hatten, gewaltige Produktionsanlagen aufgebaut, sich zusammengeschlossen zu einer riesigen Kapitalmacht, von der die ganze Welt mit Achtung und Respekt rebete, die im vollen Bewußtsein ihrer Macht das politische, wirtschaftliche und finanzielle Geschehen des ganzen europäischen Kontinents ihren kapitalistischen Interessen dienbar machte. Wehe der Menschheit, wenn diese Interessen einmal auf friedlichem Wege nicht mehr realisierbar sein sollten.

Und wehe der Arbeiterklasse, wenn an dem Zeitpunkt, in welchem der eigentliche Kampf zwischen den kapitalistischen Profitinteressen der Trust- und Finanzbourgeoisie und den vitalsten sozialen Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse zur letzten Entscheidung herantreiben wird, die Gesamtheit der Arbeiterklasse ihre ökonomische und politische Lage noch nicht voll erkannt hat oder immer noch im Kampfe um die Marschrichtung gegeneinander steht! Dann wird diese Trustbourgeoisie nicht bloß ihre wirtschaftlichen und finanziellen Machtmittel, sondern auch die ihrer wiedereroberten politischen Macht gegen die Arbeiterklasse einsetzen. Und erst recht wird sie neben dem Machtapparat ihres wiederaufgerichteten Klassenstaates auch ihre bewaffneten Landsknechte gegen die Arbeiter marschieren lassen, und dann werden die sozialen, kulturellen und sittlichen Kräfte des ganzen Volkes erschüttert, vielleicht auch zerstört werden.

Vorerst waren sie noch dabei, unter der indifferenten und irregulären Masse die Juchgeigneten für ihre Landsknecht-herauszufuchen. Zeit und Mühe dazu hatten sie ja. Sie besaßen alles, beanspruchten alles, wohnten in Villen und Palästen, bereiften die ganze Welt. Der eine interessierte sich für Pferderennen, ein anderer züchtete Hühner, Hasen und Pelztiere und studierte Psychoanalyse, sein Kompagnon stellte sich diametral Entseins Relativitätstheorie gegenüber, und noch andere beschafften sich in ihren Privatlabors mit Choleraorganismen, neuartigen Giftgasen und geheimen Todesstrahlen, damit das Vaterland in einem künftigen Kriege siegreich wird. Ihre Frauen trieben Sport in ausländischen Bädern, litten an Migräne, waren hysterisch, besuchten spiritistische Sitzungen oder verteilten Erbsen, Linzen und Bohnen an besonders Hungerige. Es gab auch Menschenfreunde unter ihnen und Wohltäter, ja, die gab es wirklich; aber das waren keine modernen Kapitalisten.

Die weissen Fabrikherren verwandten ihre Zeit allerdings zur Sucht von Lohnsklaven. Unter den Arbeitern ging das Gerücht, der Generaldirektor hätte sich heimlich geschoren, die Veruche so lange fortzusetzen, bis er der aufstrebenden Welt in einer riesigen Retorte dieselben in Reinkultur vorzeigen könne.

Warum auch nicht? Die Chemie ist ja nach Ansicht prominenter Fachleute dasjenige Forschungsgebiet, welches die ungeahntesten Möglichkeiten für die Zukunft bietet.

Solange dieses Reinkulturrexperiment noch nicht gestückt war, wurden die in den Betrieben nicht zur Sucht geeigneten Lohnsklaven hinausgerationalisiert.

Landwirtschaft gilt. Sie begründen dieses Verlangen damit, daß die Konservendindustrie ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb sei, da sie in engster Verbindung mit der Landwirtschaft arbeite.

Das können auch andere Industriezweige von sich behaupten. Die Fleischereien, Bäckereien, Getreidemühlen, die Zuckerindustrie, die Stärkeindustrie und noch andere Industrie- und Gewerbebezweige verarbeiten die Produkte der Landwirtschaft. Sollen sie deswegen alle mit der Landwirtschaft in einen Topf geworfen werden? So geht es doch nicht.

Im Interesse der Konservenarbeiter und -arbeiterinnen müssen wir energisch dagegen Einspruch erheben, daß diese mit der Landwirtschaft gleichgestellt werden. Die Vorschriften des § 6 der Notverordnung treffen unter keinen Umständen für die Konservendindustrie zu. Die meisten Konservenfabriken liegen in Großstädten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten unter ganz anderen Bedingungen als die Landarbeiter. Die Verordnung sieht im § 6 vor, daß wohl die Löhne der Landarbeiter gekürzt werden können, nicht aber ihre Deputate. Erst dann, wenn die Deputate mehr ausmachen als der Barlohn, kann dieses bei der Lohnkürzung berücksichtigt werden. Wollen die Konservendindustriellen behaupten, daß auch die Konservenarbeiter Deputate erhalten? All diese Voraussetzungen treffen also für die Konservendindustrie nicht zu. Die Konservendindustriellen tun gut, sich damit abzufinden, daß sie nicht unter den § 6 der Notverordnung vom 5. September 1932 gestellt werden.

Ferner ist es uns unverständlich, daß gerade Vertreter der Konservendindustrie auf einen weiteren Lohnabbau, selbst unter Umgehung der Bestimmungen der Notverordnung, drängen. Auf der anderen Seite klagt man aber dauernd über schlechten Absatz infolge Senkung der Kaufkraft. Die leitenden Herren der Konservendindustrie sind sich darüber klar und haben zugegeben, daß jeder Lohnabbau eine weitere Senkung der Kaufkraft bedeutet, und doch fordern sie ihn. Dafür kann man nur den Ausdruck „kapitalistische Moral“ haben.

Wir müssen aber auch aus tariflichen und rechtlichen Gründen Einspruch gegen einen Lohnabbau während der Laufdauer eines Tarifvertrages erheben. Das Nötige hierzu ist im „Proletarier“ an anderer Stelle bereits gesagt worden; wir brauchen das Gesagte hier nicht zu wiederholen.

Im Interesse der Konservenarbeiter müssen wir also zunächst dagegen Einspruch erheben, daß die Konservendindustrie mit der Landwirtschaft gleichgestellt wird. Sie ist mit ihr nicht gleichzustellen. Ferner müssen wir von unseren Tarifkontrahenten auf Arbeitgeberseite fordern, daß sie sich an die Tarife halten, die sie mit uns abgeschlossen haben. Geschieht das nicht, dann wird der Tarifgedanke für die Zukunft untergraben. Das dürfte nicht im Interesse der Konservendindustrie sein.

E. Senkfeil.

## Verschiedene Industrien

### Spielwarenindustrie und Autarkie.

Solange es eine deutsche Spielwarenindustrie gibt, ist deren Existenz hochprozentig auf Export angewiesen. Über die Entwicklung des Außenhandels der deutschen Spielwarenindustrie von 1900 an gibt nachstehende Aufstellung Aufschluß:

Spielwaren einschließlich Christbaum schmuck (ausgenommen sind Spielwaren aus Zellhorn und Kauffchak).

Jahr	Einfuhr				Ausfuhr			
	Mengen in dt	Wert in 1000 RM	1913 = 100	1932	Mengen in dt	Wert in 1000 RM	1913 = 100	1932
1900	2115	32	37	31	173	32190	57	53411
1905	2550	35	32	41	170	40670	70	68839
1910	4350	50	506	69	179	488866	85	86128
1915	6245	100	1169	100	181	565466	100	103333
1920	6150	75	2795	241	189	490608	76	111651
1925	8230	133	3410	294	309	463110	82	122645
1930	5675	83	1747	150	303	431434	76	105925
1931	4561	65	1316	106	300	365939	66	81516
1932	1200	—	286	—	272	56037	—	15329

Zu den Ausfuhrmengen und -werten ist der Inlandskonsum zu zählen, der jeweils in der Entwicklung zwischen 20 und 40 Prozent zu schätzen sein wird. Vorstehende Aufstellung weist bis 1913 eine steigende Entwicklung der Ein- und Ausfuhr nach. Von da an ein Abgleiten der Zahlen mengenmäßig, wertmäßig allerdings noch eine Aufwärtsentwicklung bis 1930.

Die in den letzten Jahren sichtbar gewordenen Erschwerungen und Hemmnisse im internationalen Güteraustausch haben sich auf die deutsche Spielwarenindustrie besonders stark ausgewirkt. Die Erhöhung der Sonderzölle in einer Reihe von Abnehmerländern und die Kontingentierung wieder anderer Abnehmerländer, ferner die ganz gewaltige Schrumpfung des Innenmarktes und Begleiterscheinungen der Krise in der Spielwarenindustrie sind zusammen die Wirkungen der Wirtschaftskrise in allen Ländern der Erde. Aber alle diese Einwirkungen sind überwiegend als vorübergehend zu werten.

Seit gerannener Zeit hat die Spielwarenindustrie einen weiteren Feind, der sie zu vernichten droht. Der Feind „Autarkie“, vorwiegend aus parteipolitischen Motiven von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei genährt und gefördert, zeigt bereits schädigende Wirkungen.

Früher bezeichnete man als Autarkie „Selbstgenügsamkeit“, „Bedürfnislosigkeit“. Jüngler prägen das Wort „Glückseligkeit“. Heute verstehen wir unter diesem Begriff: die Wirtschaftsform von Staaten, die durch eigene Bodenschätze unabhängig von anderen Staaten sind. Deutschland ist ein solcher Staat nicht und nach seiner wirtschaftsgeographischen Lage kann er es auch nicht werden. Baumwolle und andere wichtige Rohstoffe, die zu Veredelungsgegenständen in der deutschen Industrie notwendig sind, gleichgültig, ob die Industrie auf Export oder auf Inlandskonsum eingestellt ist. Und der deutsche Agrarier ist nicht in der Lage, die notwendigen Nahrungsmittel für das deutsche Volk in normalen wirtschaftlichen Zeiten herbeizuführen. An diesen logischen Tatsachen anzusehen, heißt die deutsche Wirtschaft gefährden und die Not des deutschen Volkes erhöhen. Einen Schlag haben wir in Deutschland, der „roter“, weil er bruch liegt. Es ist die ungenutzte Arbeitskraft von Millionen Arbeitern, und bei Autarkie würde dieser Schlag der Reichsmark der Nation, dem Verfall preisgegeben.

Während des Krieges 1914 bis 1918 haben wir gegenwärtigen Autarkie erlebt. Von der Selbstgenügsamkeit, die ipso facto das deutsche Volk an den Tag gelegt hätte, ist uns allerdings nichts bekannt. „Bedürfnislosigkeit“ war im eigentlichen auch nicht festzustellen, aber die Bedürfnisse des Volkes konnten auf Grund der Autarkie nicht erfüllt werden. Und auf die „Glückseligkeit“ während des Krieges wird das deutsche Volk gern verzichten.

Autarkie soll die Einfuhr droffen oder nach Möglichkeit die Einfuhr vollständig beseitigen. Das müßte zur Folge haben, daß auch die Einfuhr erschlagen wird. Wenn aber die Einfuhr fehlt, wird die Arbeit für Millionen von Menschen vernichtet. Das was

so mehr, wo seither die Ausfuhr die Einfuhr überstieg, wie es in Deutschland in den letzten Jahren der Fall war.

Wir entfinnen uns noch, daß ein amerikanischer Professor während der Kriegsjahre uns das „Gleichen“ (Zermalnung der Speisen) zu ganz feinem Brei, damit auch der letzte Nährstoff für den menschlichen Körper gewonnen würde) anempfahl. Damit ist die „Selbstgenügsamkeit“, „Bedürfnislosigkeit“ und „Glückseligkeit“ des deutschen Volkes unter der Autarkie in das richtige Licht gestellt. Autarkie hieß damals für uns Hunger.

Die in der Exportindustrie Tätigen in Thüringen und insbesondere die in der Spielwarenindustrie Beschäftigten werden mit Kopfschütteln den Aufruf des nationalsozialistischen Staatsministers Sauerle gelesen haben — abgedruckt in der Ausgabe Nr. 36 des „Beobachters“ für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen.“ Wir geben nachstehend die Grundzüge des Aufrufes wieder:

„Wer ausländische Ware kauft, wenn er deutsche und heimische Erzeugnisse bekommen kann, ist ein Verräter an seinem Volk. Kauft darum deutsche Ware, nur so kann für deutsche Menschen Arbeit, für deutsche Kinder Brot geschaffen werden! Nur so kann ein jeder selbst dazu beitragen, daß er sich seine Existenz, seine Stellung, seinen Arbeitsplatz erhält. Wer irgend kann, gebe dem Handwerk Arbeit! Seht die Häuser und Grundstücke, soweit es möglich ist, instand! Meidet vor allem die Warenhäuser mit ihren Glanz- und Schleuderpreisen, hebt dadurch die Steuerkraft des mittelständischen Handels und Gewerbes!“

Niemand dulde irgendwelche Schwarzarbeit! Bei dem Einkauf von Nahrungs- und Genussmitteln müssen in allererster Linie die Erzeugnisse der heimatischen Scholle und der heimischen Landwirtschaft berücksichtigt werden.“

Das hat wirklich ein Staatsminister verbrochen.

Wenn alle deutschen Staatsregierungen einen solchen Aufruf erlassen würden, dazu die Staatsregierungen in allen Ländern des Erdballes, was dann? Not und Entbehrung für die Industriebevölkerung, die kaum auszudenken ist, müßte die Folge sein. Der Aufruf kann nicht fördernd auf Arbeitsbeschaffung in der Spielwaren-, Christbaum schmuck- und sonstigen Exportindustrien Thüringens überhaupt wirken. Wieviel Spielwarenarbeiter, wieviel Christbaum schmuckmacher, wieviel Porzellanarbeiter — um einige herauszugreifen — sind notwendig, um den Konsum der Bevölkerung des Staates Thüringen mit Produkten der besagten Industrien zu decken? Eine Miniaturzahl im Vergleich zu der in normalen Zeiten Beschäftigten. Kann man sich vorstellen, daß Autarkie sogar eines einzelnen Staates zur Unkurbelung der Wirtschaft in diesem Staate beiträgt und Arbeit und Brot liefern könnte? Uns scheint, daß das Gegenteil eintreten muß!

Der Aufruf kann höchstens in den Abnehmerstaaten Thüringer Produkte Wirkungen hervorrufen, die sich schwerwiegend gegen die thüringische Exportindustrie auswirken.

Autarkie und ihre Werkzeuge, wie Kontingentierung, überspannte Zollpolitik, sind Ursachen, die zur wirtschaftlichen Einkreisung des Staates, der diese Waffen anwendet, führen müssen. In der Regel sind es scharfe Repressalien, die von den Konkurrenzländern gegen das Autarkieland angewendet werden. Das bedeutet aber Vernichtung des Exportes und erhöhte Arbeitslosigkeit. Das haben auch Handelskammern, Wirtschaftsführer sowie die Industrie in Deutschland erkannt. Ihre Gegnerin zur Wirtschaftsform Autarkie dürfte sich aus dieser Erkenntnis begründen.

Auf Grund unserer Wirtschaftserfahrungen und im Interesse der wahren Wirtschaft ist die Autarkieanwendung für Deutschland abzulehnen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Spielwaren- und Christbaum schmuckindustrie, gleichgültig, ob in der Hausarbeit oder im Betriebe beschäftigt, sind Gegner der wirtschafts- und exportverneinenden Versuche. Die Resultate der versuchten Kontingentierung schrecken. Die Entwicklung des Außenhandels mit Holland, Dänemark, Schweden und sonstigen skandinavischen Ländern ist ein Beweis unserer Auffassung. Nicht Autarkie, sondern sozialistische Planwirtschaft ist Rettung aus der Wirtschaftsnot. S. E. Flein.

## Rundschau.

### Konjungenossenschaftliche Reichswerbewoche.

In der Zeit vom 9. bis 16. Oktober findet die zweite konjungenossenschaftliche Reichswerbewoche statt. Die Konjungenossenschaften stehen gegenwärtig in einem besonders heftigen Abwehrkampf gegen die konjungenossenschaftlichen Bestrebungen des Mittelstandes, der hinter ihm stehenden kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen und der privatwirtschaftlich eingestellten politischen Parteien. Obwohl die Träger der Verbrauchergenosenschaften zu den Volksschichten gehören, die von der Wirtschaftskrise am härtesten betroffen sind, haben die Konjungenossenschaften gegenüber den Krisenercheinungen eine bemerkenswerte Widerstandskraft an den Tag gelegt. Es ist begreiflich, daß die Kaufkraftembuße der Mitglieder den Konjungenossenschaften einen erheblichen Umsatzerlust gebracht hat. Ein beträchtlicher Teil der Einkommensminderung wurde freilich durch die vorbildliche Preislenkung der Konjungenossenschaften wieder wettgemacht. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforchung lagen die Umsätze des gesamten Einzelhandels und der Warenhäuser um die Mitte dieses Jahres mehr als ein Fünftel unter dem Umsätzen des Jahres 1925. Dagegen konnten die Verbrauchergenosenschaften des Zentralverbandes deutscher Konjungenvereine zu gleichen Zeit noch über ein Drittel mehr umsetzen als im Jahre 1925. Die Konjungenossenschaftsbewegung ist an den zahlreichen Zusammenbrüchen großer und kleiner Unternehmungen in den letzten Jahren nahezu ganz unbeeinträchtigt. Die deutschen Verbraucher werden den von ihnen selbst geschaffenen und verwalteten Einrichtungen auch in Zukunft die Treue bewahren. Diese Gewißheit befähigt die Konjungenossenschaften, notfalls noch härtere Rückschläge der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgreich abzuwehren.

### Eine bemerkenswerte Rede Dr. Piepers.

Auf dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf machte der bekannte Prälat Dr. Pieper folgende Ausführungen:

„Die äußeren Freiheitsrechte sind jetzt infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der politischen Ereignisse gelähmt. Jahrhundertlang haben die Arbeiter ruhig zugehört, wie andere Stände für Freiheit kämpften, ohne den Willen anzubringen, auch für sich selbst Freiheit zu fordern. Das ist anders geworden durch die Gewerkschaftsbewegung. Wegen dieser Freiheit rüffel nun die erwachte Reaktion. Das dürfen Sie sich nicht gefallen lassen! Man versucht, Ihnen Dinge zuzumuten, die man bürgerlichen Kreisen nicht zumuten würde. Man geht wieder, wie in früheren Jahrhunderten, dazu über, die unteren Stände als die Lastenträger zu behandeln. Ihre beste Waffe wird sein, wenn Sie diesen Reaktionären sagen: Ihr beleidigt deutsche Arbeiter, die durch die göttliche Weltordnung berufen sind, ebenso freie Menschen zu werden, wie die Bauern es vor 100 Jahren geworden sind.“

Diese Sätze stellen klar die Situation fest. Vielleicht gibt das auch die Regierung Papen zu.

## Abrechnung der Hauptkaffe

### 2. Quartal 1932

Einnahme		M	S
An Kassenbestand am Schlusse des 1. Quartals 1932:			
a) Hauptkaffe	592 283,44		
b) Zahlstellen	480 058,16		
		1 072 341	60
Belträge:		2 247 980	58
„ Extrabelträge		1 125	40
„ Mehr eingelangt von den Zahlstellen		181 642	11
„ Erbschaften und Karten		237	39
„ Protokollen		2	65
„ Büchern und Broschüren		2 271	01
„ Bürobedarf		821	74
„ „Proletarier“		205	64
„ Film		45	45
„ Kraftwagen		925	71
„ Jimen		194 410	66
„ zurückgezahlten Unterstufungen		23 175	66
„ sonstigen zurückgezahlten Beträgen		2 954	36
„ Zuwendungen von Zahlstellen		12 585	80
„ sonstigen Einnahmen		3 843	36
„ aus dem Vermögensbestand		504 227	96
„ Beträgen zur Unterstufungskaffe		6 877	73
Summe		4 255 674	76

Ausgabe		M	S
Der Erwerbslosen-Unterstützung:			
a) an Reisende		172	15
b) an Arbeitslose		946 858	42
c) an Kranke		178 180	04
„ Invalidenunterstützung		614 606	52
„ Rechtschutz		10 556	84
„ Anzugsunterstützung		4 544	60
„ Notlageunterstützung		941	—
„ Gemahrezellenunterstützung		3 267	30
„ Streifenunterstützung		11 818	65
„ Sterbegeld		83 389	75
„ Anteile der Zahlstellen		760 779	34
„ Marken und Stempel		317	45
„ Porto, Postfisch- und Bankspesen		5 090	14
„ Vorstands- und Ausschußspesen		336	—
„ Revisionen der Hauptkaffe und der Zahlstellen		1 275	75
„ Gehälter und Löhne		92 800	20
„ Versicherungsbeiträge		38 672	51
„ Druck und Papier des „Proletariats“		37 056	67
„ Verbandskosten des „Proletariats“		16 237	99
„ Betriebsräte- und Frauen-Zeitungen		1 011	75
„ diverse Drucksachen		16 949	—
„ Verband- und Packmaterial		174	54
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar		5 763	21
„ Büromaschinen und Reparaturen		88	20
„ Buchbindarbeiten		4 790	45
„ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf		1 602	98
„ Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung		10 241	11
„ Büroeinrichtungen und Bürobedarf		1 745	43
„ Tarifverhandlungen		6 530	19
„ zentrale und lokale Tarifinstanzen		1 928	48
„ Konferenzen		9 070	37
„ Agitation		7 802	65
„ Film		5	20
„ Gauverwaltungen		137 000	—
„ Keramischen Bund einschl. Zeitung		75 000	—
„ Arbeiter-Wirtschaftsschulen, Kurie, Bildungsfonds		20 113	53
„ Schule Wennigsen		33 000	—
„ Beiträge zum Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund		18 176	65
„ Internationale Verpflichtungen		9 133	20
„ Verwaltungen verschiedener Zahlstellen		38 179	92
„ Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt		215 515	30
„ sonstige Ausgaben		123	—
„ Vermögensbestand		75 182	01
Kassenbestand am Schlusse des 2. Quartals 1932:			
a) Hauptkaffe	227 331,31		
b) Zahlstellen	532 314,90		
		759 646	21
Summe		4 255 674	76

Hannover, den 28. September 1932.  
 Albin Karl, Vorsitzender. Karl Gremmel, Revisor.  
 Carl Köhler, 1. Kassierer. H. Löbermann, Revisor.  
 Otto Stawigki, 2. Kassierer. Franz Friedrichs, Revisor.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Vad Lausich. Die Zahlstelle feierte am 24. September ihr 25jähriges Bestehen im Saale „Zum Engel“. Der erste Vorsitzende, Gen. Richard Reichmann, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste. Der Gauvorsitzende, Kollege Hüppner, überbrachte die Glückwünsche der Gauleitung und des Hauptvorstandes und überreichte den vier Jubilaren für ihre 25jährige Treue zum Verband eine Ehrenurkunde. Gen. Hüppner ging dann auf die Gründung der Zahlstelle unter den damals herrschenden politischen Verhältnissen des schlesischen Vereinsgebietes ein. Nur durch Kampf wurde die Zahlstelle langsam zu einem Machtfaktor. Durch die Organisation konnten auch hier den Unternehmern sanitäre Einrichtungen, menschenwürdige Löhne und Urlaubstage durch Tarifverträge abgerungen werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Deutschland uns nur der schärfste Klassenkampf vorwärts bringen kann. Die Notverordnung Papen bezweckt die Zerstückelung der Gewerkschaften mit dem Ziel, die gesamte Arbeiterschaft erneut zu willenlosen Sklaven der Kapitalisten zu erniedrigen. Es ist also heute mehr denn je notwendig, die Voraussetzungen zu schaffen, erfolgreich den Kampf zu führen. Einige Stunden gegenseitigen Zusammenstehens schlossen sich der Feier an.

## Literarisches.

„Ethere Etienne“. John Knittel ist der Verfasser des jetzt bei der Wärgergilde für die Mitglieder dieser Gemeinschaft merklicher Buchleier erschienenen Romans „Ethere Etienne“, in kleinen 2,70 Mk. Ethere Etienne kommt als junge Frau in das große Haus eines angesehenen Schweizer Großbauern. Der trotz seines Alters noch sehr lebendige Skonon führt das Mädchen schließlich aus der Kammer in das Herrenhaus. Die Konflikte lassen nicht lange auf sich warten. Der Konflikt wird verschärft durch die Rückkehr eines abgelehnt als seinem Vater. Mit der Zeit entpuppt sich zwischen den beiden jungen Leuten ein Liebesverhältnis, und das traurige Ende ist, daß der im Wege liegende alte heileigegeschäft wird, ohne daß das Paar die gewonnene Freiheit genießen kann. Der junge Mann treibt es zur Selbstbestätigung und damit ins Gefängnis, und seine Geliebte folgt ihm. Nach schweren Kerkerjahren ziehen sich die beiden in ein einfaches Dorf in der Berggionts zurück. Für ein ganz großer Dichter konnte diese dramatische Geschichte schreiben. „Ethere Etienne“ gehört zu den Meisterwerken der zeitgenössischen Romanliteratur.

Karl Simmel: „Juden in der Jange“. Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Mit einer Karte und neun Bildern. 157 Seiten. Prof. Dr. 3 Mk., Göttingen 4 Mk. In diesem Buch werden die indischen Judenverhältnisse beleuchtet, mit Berücksichtigung der Judenarbeiterschaft, ferner die Agrarwirtschaft und der ungenutzte Druck auf die Landbevölkerung. Die Auseinandersetzung mit Gandhi's wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonders interessante finden. Verlag „Öffentliches Leben“, Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Verrechnung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die Verordnung vom 3. September ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von größter Bedeutung. Hierzu wird der soeben erschienene erste Kommentar von Min.-Dir. Dr. Eißler und Min.-Rat Goldschmidt von außerordentlichem Wert sein. Er enthält die tabellarischen Verrechnungen über die Auswirkung der Tarifunterbrechungen und die Durchführungsanordnungen vom 14. September. Das Buch ist im handlichen Taschenformat der bekannten „blauen“ Gesetzsammlungen des Verlages J. Neumann, Neudamm, Berlin, Leipzig, erschienen. Der Preis beträgt 2 Mk.